Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 72 (1978)

Heft: 7-8

Artikel: Der Kampf von Leonhard Ragaz gegen die Militarisierung der Sozialdemokratie

Autor: Herkenrath, Silvia

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142742

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SYLVIA HERKENRATH

Der Kampf von Leonhard Ragaz gegen die Militarisierung der Sozialdemokratie

Der sozialistische Kampf von Leonhard Ragaz richtet sich in den Jahren 1929—1939 hauptsächlich gegen den Krieg und die Militarisierung der Völker. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Auseinandersetzung, die Ragaz innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie über die militärische Aufrüstung der Schweiz führt. Diese Auseinandersetzung ist Gegenstand unserer Untersuchung, die im übrigen keine Interpretation, sondern eine informative Darstellung des Ragazschen Kampfes sein will. Die Untersuchung stützt sich vor allem auf die von Ragaz redigierte Monatsschrift «Neue Wege». Sie hält sich bewußt an den Sprachduktus und die Terminologie Ragazens, um wirklich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Nach Ragaz scheiden sich die Geister innerhalb des Sozialismus nicht in der Frage von «Revisionismus» oder «Radikalismus», von «Evolution» oder «Revolution», sondern in der Frage der Gewaltanwendung zur Verwirklichung des Sozialismus. Gewalt bedeutet für Ragaz Vergewaltigung, das heißt Unterdrückung, Despotie, Diktatur (auch Diktatur des Proletariates). Das Ziel des Sozialismus aber ist für Ragaz die Erziehung zur Freiheit und die Achtung vor der menschlichen Würde. «Die Ueberwindung der Gewalt durch die Freiheit ist der zentrale Weg der Menschwerdung des Menschen. Es ist zugleich der Weg, der von der Materie zum Geiste führt. Denn die Vergewaltigung ist immer nur durch gewisse äußere Mittel möglich, sei es physische Kraft, sei es Geld, sei es Staatsmacht oder irgendeine geistige Zwangsautorität, deren Stütze eine physische Macht ist. Gewaltherrschaft ist Materialismus. Darum ist sie immer mit Theorien verbunden, die den Geist mißachten. Nur der Geist schafft Freiheit, wie umgekehrt nur Freiheit Geist zu heißen verdient.» (Sozialismus und Gewalt, Olten 1919, S. 5) Der Sozialismus lebt nach Ragaz aus der Grunderkenntnis des Wertes, der Heiligkeit und der Freiheit des Menschen. Aus diesem Sozialismusverständnis heraus muß Ragaz zu seinem Schlusse kommen, «daß Sozialismus und Anwendung von Gewalt einander grundsätzlich und aufs schärfste widersprechen» (a. a. O. S. 5). Deshalb kann der Sozialismus nur eine grundsätzlich antimilitaristische Haltung einnehmen, deshalb muß er jede Gewaltmethode ablehnen, wenn er sich nicht selbst verleugnen will. Sein Ziel muß der Kampf gegen jeden Krieg, auch gegen den sozialen Bürgerkrieg, sein.

Zum ersten Mal in der Periode von 1929—1939 wurde für Ragaz das Problem der Militarisierung der Sozialdemokratie im neuen Wehrprogramm der deutschen Sozialdemokratie akut. Der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg im Sommer 1929 bedeutete einen «Panzerkreuzer-Sieg», wie Ragaz sich ausdrückte, das heißt ein Abweichen vom Grundsatz des Antimilitarismus. Die radikale Opposition unterlag auf der ganzen Linie, weil auch sie sich nur ausnahmsweise zu einem grundsätzlichen Pazifismus bekennen konnte. «So wurde denn die Koalitionspolitik gerechtfertigt, ein 'Wehrprogramm' aufgestellt, das eine etwas maskierte Billigung der Aufrüstung enthält, das Ziel einer 'Republikanisierung' der Reichswehr aufgestellt, der man zu diesem Zwecke geben müsse, was sie nötig habe, kurz alles das preisgegeben, was dem Sozialismus eine innere Ueberlegenheit und moralische Werbekraft verleiht, so wurde die Weltaufgabe, die der deutsche Sozialismus gerade jetzt hätte, an kleine Machtvorteile der Stunde verraten, die Erstgeburt um ein Linsengericht verkauft». (NW 1929, Heft 6, Seite 302) Die Argumente, welche diesem Gesinnungsumschwung dienen mußten, waren die gleichen, welche gewisse schweizerische Sozialisten gegen den Antimilitarismus ins Feld führten: das Vorhandensein imperialistischer Staaten und die Möglichkeit, die sich eines Tages ergeben könnte, die sozialistischen Errungenschaften mit Waffengewalt gegen die Reaktion zu verteidigen.

An diesem Punkte war der Sozialismus aber seinerseits bereits auf dem Boden der Reaktion angelangt, weil er sich deren Mittel zu eigen gemacht hatte. Wie konnte es zu dieser Verbürgerlichung kommen? In der Besprechung des Buches «Der Weg zur Einheit» von Henriette Roland Holst, der holländischen Dichterin und Sozialistin, wies Ragaz auf die eine Form der Verbürgerlichung des Sozialismus hin, darauf, daß eine große Zahl von Führern der Bewegung auf ihrem Weg zu bürgerlichen Ehren und einer gesicherten Existenz gelangt waren und von dieser gesicherten Warte aus die Welt nicht mehr als revolutionswürdig betrachteten, mehr noch, sie wert fanden, mit Waffen zu verteidigen; «worauf man dann beim Panzerkreuzer und bei einer Erneuerung des Militarismus und Nationalismus durch den Sozialismus angelangt . . .» war. (Der sozialistische Bruderkrieg und seine Ueberwindung, NW 1929, Heft 7/8, S. 356)

In der Schweiz begann ein Jahr später der Kampf gegen den Flugzeugkredit von 20 Mio Franken. Ragaz schrieb dazu: «Dieser Kampf bekam für uns dadurch seine besondere Bedeutung, als wir in dieser Kreditforderung die lang geplante, lang zurückgehaltene, wohl überlegte, endgültige Wendung der schweizerischen Militärpolitik nach der Richtung der Aufrüstung erblickten.» (NW 1930, Heft 6, S. 307) Den

erbittertsten Kampf gegen den Flugzeugkredit führte die «Zentralstelle für Friedensarbeit», der Ragaz angehörte; aber auch die Sozialdemokratische Partei, noch teilweise auf dem Boden des Antimilitarismus stehend, brachte in sechzig Versammlungen 13 000 Protesterklärungen gegen die Vorlage zusammen. Diese Volksbewegung konnte aber der Vorlage nichts anhaben, da dieselbe mit Berufung auf die Dringlichkeit der Sache dem Volke nicht vorgelegt wurde. Wahrscheinlich hätte das Volk, so meinte Ragaz, die Vorlage abgelehnt. (Vgl. NW 1930, Heft 6, S. 308)

Erfreulich war für Ragaz jedoch gerade in dieser Zeit, wie der Antimilitarismus in der Arbeiterschaft zunahm. Dies bezeugten u. a. Resolutionen gegen den Krieg, die von der II. Internationale und vom Kongreß der freien Gewerkschaften gefaßt worden waren. (Vgl. NW 1930, Heft 11, S. 536ff.)

Sozialistischer Antimilitarismus bedeutete in diesen Jahren Kampf gegen das bestehende System. Dies zeigte sich u. a. darin, daß den sozialistischen Antimilitaristen immer wieder vorgeworfen wurde, sie wollten die Abrüstung, um damit dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, das heißt in Wirklichkeit nicht den Frieden, sondern freie Bahn für die soziale Revolution. Ragaz begegnete diesem Vorwurf in seinem Vortrag «Was wollen und meinen wir mit der Abrüstung?», den er an der Jahresversammlung der Frauenliga für Frieden und Freiheit in Zürich, am 4. Oktober 1930, gehalten hatte. Ragaz billigte diesen Vorwürfen ihr relatives Recht zu und begründete damit seine langjährige Forderung, als Ersatz für die Armee ein Schutzcorps einzurichten, stark genug, die innere Ordnung zu gewährleisten, für einen Krieg jedoch untauglich. Relatives Recht meint hier die Tatsache, daß die wirklichen Antimilitaristen zugleich entschiedene Gegner des Gewaltprinzips im sozialen Kampf seien. «Die Sache liegt ja ganz einfach: Aus der gleichen Wurzel wie unser Kampf gegen die Gewalt und für das heilige Recht im Völkerleben, entspringt auch unser Kampf gegen die Gewalt und für das heilige Recht im innern Leben der Völker. Dieser Kampf hat einen doppelten Sinn. Wir bekämpfen den Geist der Gewalt, soweit er in den heutigen wirtschaftlichen Ordnungen verkörpert ist und wollen an seine Stelle ein neues Verhältnis von Mensch zu Mensch, eine neue Einstellung zu Arbeit und Besitz, eine neue, das heißt wirkliche Gemeinschaft setzen. Das ist uns, den Sozialisten unter den Antimilitaristen, der Sozialismus.» (NW 1931, Heft 1, S. 27) Die Abrüstungsbewegung impliziert also auch eine soziale Bewegung. Nur eine neue soziale Ordnung, gegründet auf das heilige Recht jedes Einzelnen in der Gemeinschaft, zerstört die Wurzeln des Völker-, Bürger- und Rassenkrieges.

Die ganze Fehlentwicklung des Sozialismus muß durch Selbsterkenntnis und Selbstkritik eingesehen und der Sozialismus neu gedacht werden; dazu gehört auch die Abwerfung des marxistischen Dogmas. Denn die Quelle der Erneuerung liegt nicht bei Marx oder Lenin, sondern bei Christus. Hier verwies Ragaz auf ein Wort von Henrik de Man: «Der Sozialismus wird religiös sein, oder er wird nicht sein.» (NW 1932, Heft 6, S. 335)

Im Februar 1932 begann in Genf die internationale Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbundes. In unermüdlicher Arbeit hatte Ragaz an zahlreichen Aufrufen und Resolutionen mitgearbeitet, um zum Gelingen der Konferenz beizutragen. Um so größer war seine Enttäuschung nach deren Scheitern. Hier bringt Ragaz wiederum sein Ceterum censeo an, daß der Kampf gegen den Krieg in der Hand der sozialistischen Arbeiterschaft, nicht in der der Regierungen liege, und daß die Arbeiterschaft für einen radikalen sozialistischen Antimilitarismus zu gewinnen und auf die entsprechende Stoßkraft hin zu organisieren sei. «Es gilt unermüdlich daran zu arbeiten, daß es doch noch zu einer Ausführung all der bisher schon gemachten Vorschläge und Beschlüsse kommt: Boykott der Munitions- und Waffenfabrikation, auch der Giftgaserzeugung für den Krieg, überhaupt aller Kriegsrüstung; Verweigerung des Transportes von Kriegsmaterial zu Land, auf dem Wasser und in der Luft; Generalstreik gegen den Krieg; Kriegsdienst- und Militärdienstverweigerung im großen und größten Stil, nicht bloß — was selbstverständlich sein sollte — Verweigerung der finanziellen Mittel für Militär und Krieg.» (NW 1932, Heft 10, S. 458) Einen solchen Versuch, die Arbeiterschaft gegen den Krieg aufzurütteln, sollte der Amsterdamer Kongreß gegen den Krieg darstellen, den Henri Barbusse und Romain Rolland inszeniert hatten. Ragaz hat sich nach gründlicher Information dergestalt geäußert, daß offensichtlich kommunistische Drahtzieher den Kongreß dominiert hätten und demzufolge «der Gewaltglaube, der zwar den sogenannten imperialistischen Krieg verwirft, aber keineswegs allen Krieg, namentlich nicht den Bürgerkrieg, aber auch nicht einen nationalen Krieg, falls er irgendwie Sowjetrußland oder der Sache der Weltrevolution zu dienen scheint». «Es fehlt für einen rechten Kampf gegen den Krieg an der Gesinnung, an Geist und Glauben.» (NW 1932, Heft 10, S. 459)

Aktuell wurde das Problem des Antimilitarismus in Bezug auf die schweizerische Sozialdemokratie für Ragaz vor allem in den Jahren 1933 ff. Im Oktoberheft 1933 nahm er erstmals in einem separaten Artikel «Revision oder Verrat» Stellung zur sozialistischen Militärdebatte. Seit geraumer Zeit war in der sozialistischen Presse und in den

Parteiversammlungen die Rede davon, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung zur Militärfrage revidieren sollte. Ragaz ging damit einig, daß dieser Programmpunkt längst einer Revision bedurft hätte, allerdings einer «Revision nach vorwärts», wie er sich ausdrückte. «Das wäre nun freilich schon längst nötig gewesen. Denn diese Stellung war bei einem einflußreichen Teil der Partei stets eine halbherzige, nicht ganz wahre. Der Antimilitarismus dieses Flügels war mehr taktischer und opportunistischer Art, entsprang nicht einer Gesinnung, einer Grundsätzlichkeit. Diese Halbherzigkeit, der bei einem Teil der 'Führer' ein durchaus ungebrochener Gewaltglaube zugrunde lag, ist wesentlich daran schuld, wenn es im letzten Jahrzehnt bei uns zu keinem entscheidenden Vorstoß gegen unser Militärsystem und unsern Militarismus gekommen ist.» (NW 1933, Heft 10, S. 448)
Statt einer «Revision nach vorwärts», statt einem Gesinnungswandel zum wirklichen sozialistischen Antimilitarismus, ging es in dieser Programmrevision darum, die bisherige Verneinung der Landesverteidigung aufzugeben.

Als Argumente für die neue Stellung zur Landesverteidigung wurden angeführt:

1. Die sozialdemokratische Haltung in der Militärfrage bedeute eine Trennung von einem Teil des Volkes, vor allem vom Bauerntum.
2. Die schweizerische Demokratie müsse gegen den Faschismus, vor allem gegen das Hitlertum, verteidigt werden. Es gelte, in die Armee einzudringen und diese zu einem Werkzeug der Demokratie zu machen.

Ragaz jedoch sah den wesentlichsten Grund in der A n g s t vor dem Faschismus. Damit war bereits eine Kritik an dieser Revision verbunden, zumal er auf das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie hinwies: Diese hatte sich, um dem Nationalsozialismus entgegenzutreten, zuerst mit der Reichswehr, dann mit Hindenburg und später mit Brüning verbündet. Diese Allianzen hatten indessen den Faschismus nicht aufhalten können, wie die Machtergreifung Hitlers im Januar zeigte. Dasselbe galt vom österreichischen Sozialismus: Aus dem vormals sozialdemokratisch gesinnten Heer, das dem Sozialismus als Hort hätte dienen sollen, war längst eine Stütze der Reaktion geworden. «Es ist für jeden, der Augen hat zu sehen, ganz klar: das Militär ist in jeder Form für den Sozialismus jenes Rohr, das dem, der sich darauf stützen will, durch die Hand sticht. Der Sozialismus lebt aus der eigenen Kraft, aus dem Glauben an sich selbst, oder er lebt nicht.» (S. 449) Auch das schweizerische Heer war nach Ragazens Auffassung eine Stütze der Reaktion geworden. Daran würde auch ein sozialistisches Bekenntnis zur Landesverteidigung nichts ändern, denn der Sozialismus richte sich

naturgemäß gegen alles Reaktionäre, also auch gegen den Faschismus. Jene Kräfte aber, die das Militärwesen bestimmten, verbündeten sich ohnehin nie mit dem Sozialismus, der ihnen ja die Herrschaft nehmen wolle. Die Entwicklung zum Faschismus sei gekoppelt mit derjenigen zum Militarismus. Verhindert könne sie nur durch eine entschlossene grundsätzliche Haltung der Arbeiterschaft werden. Kann man denn den echten sozialistischen Antimilitarismus vom Sozialismus trennen, ohne diesen in seiner Wurzel zu verändern, fragte Ragaz. Ist er nur eine «Taktik, flacher Internationalismus und Antipatriotismus»? «Ist er nicht vielmehr eine notwendige Frucht des heiligen Grundes, auf dem aller Sozialismus wächst: der Ehrfurcht vor der Würde und Heiligkeit des Menschen und des Glaubens an ein Reich der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, zu dem der Friede gehört? Wer diesen sozialistischen Antimilitarismus antastet, der zerschneidet die Lebenswurzel des Sozialismus.» (S. 450)

Gegen das Argument, die Demokratie müsse gegen den Faschismus verteidigt werden, wies Ragaz auf die Geschichte hin, die uns lehre, daß aller Krieg undemokratisch sei, das heißt also nicht Demokratie, sondern Reaktion erzeuge. Ein neuer Krieg würde Weltkrieg bedeuten und damit verbunden Rassen- und Bürgerkrieg. Was bleibe dann noch von Europa übrig? Auf den Schlachtfeldern würden weder Sozialismus noch Demokratie, sondern einzig Diktatur, wahrscheinlich faschistische, wachsen. Die sozialistische Arbeiterschaft müsse diese Katastrophe verhindern, und das bedeute: «Kampf gegen jeden Krieg.» (S. 450)

Zum andern Argument, daß die bisherige Stellung der Sozialdemokratie zur Militärfrage den Weg zum Mittelstand und zum Bauerntum verbaue, bemerkte Ragaz, es sei nicht der Antimilitarismus — zu dem sich ja ein großer Teil der Bauernschaft nach dem Ersten Weltkrieg bekannt habe —, der die Sozialdemokratie isoliere, sondern die Verleumdung von Seiten der Reaktion, der Sozialismus wolle das Heer beseitigen, um seine Weltrevolution ungestört durchführen zu können. Dieser Vorwurf werde durch die zweideutige Haltung in den jetzigen Debatten genährt, durch das «Spiel mit Gewalt und Diktatur», wie Ragaz sich ausdrückte, und durch mangelndes Bekenntnis zur Demokratie. (S. 452)

Ragaz warnte davor, daß von der Ablehnung der Landesverteidigung gesprochen werde, da doch nur die Ablehnung der militärischen gemeint sei. Die Schweiz müsse verteidigt werden, wenn auch mit andern Mitteln. Der Sozialismus habe ein sozialistisch begründetes Abrüstungsprogramm aufzustellen, das die eigentlichen Ziele einer echten Landesverteidigung aufzeige. Es verstehe sich von selbst, daß dieses Programm die Neuordnung der Welt auf dem Boden des Rechts und

des Friedens in Rechnung stellen müsse. Diesen Weg hatte nach Ragazens Auffassung der englische Sozialismus eingeschlagen. (S. 480).

Im Dezemberheft 1933 veröffentlichte Ragaz achtzehn «Thesen zum Militärprogramm der Sozialdemokratie», die vom Ausschuß der Zentralstelle für Friedensarbeit aufgestellt worden waren und zur Klärung des Militärproblems innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie beitragen sollten. Im wesentlichen decken sich die Programmpunkte mit den Aussagen im vorhin erwähnten Artikel, doch sollen im folgenden einige aussagekräftige Stellen hervorgehoben werden.

In der 3. These heißt es: Die Sozialdemokratie «erblickt die Verteidigung der Schweiz im Aufbau einer auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegründeten Volksgemeinschaft und der Ueberwindung der Geldherrschaft, welche die Fundamente aller wirklichen Demokratie zerstört und damit die Schweiz aufhebt, in der Beseitigung eines auf Egoismus und Ausbeutung beruhenden Gesellschaftssystems, welches die große Mehrheit der Angehörigen aller Völker einer sozialen und kulturellen Knechtschaft unterwirft und der Ersetzung derselben durch eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens.» (NW 1933, Heft 12, S. 560)

In Punkt 7 wird auf die Genfer Ereignisse vom 9. November 1932 (Demonstrantenbeschießung durch ein Rekrutenbataillon) hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit habe der schweizerische Militarismus deutlich gezeigt, daß es ihm nicht um den Schutz der Demokratie gehe. (S. 562)

Unter Punkt 11 wird das Problem der Gewaltlosigkeit aufgegriffen: «Der sozialistische Antimilitarismus ist ... nicht mit der sogenannten Gewaltlosigkeit im Sinne Tolstois zu verwechseln. Diese ist, soweit sie überhaupt einen Sinn hat, bei der heutigen Lage der Dinge Sache einer Gemeinde, nicht einer Partei oder eines Volkes. Sie setzt einen Glauben voraus, der nicht ohne weiteres einer Partei oder einem Volke zugemutet werden darf.» (S. 563)

Das Programm zeigt deutlich den Stempel des Ragazschen Denkens und beinhaltet ein sozialistisches Programm, wie Ragaz es sich für die Sozialdemokratische Partei gewünscht hätte.

Im Januar 1934 veröffentlichte Robert Grimm seinerseits Thesen zur Landesverteidigung, die in einer vom Parteivorstand bestellten Kommission mit 6 zu 4 Stimmen angenommen wurden. Grimm bestritt darin das Einbiegen der Partei auf die Linie der bürgerlichen Landesverteidigung. Es handle sich vielmehr darum, die Schweiz gegen den Faschismus zu verteidigen. Der Parteivorstand konnte es allerdings nicht auf eine Abstimmung am sozialdemokratischen Parteitag oder gar auf eine Urabstimmung ankommen lassen, da die Opposition im Parteivolk zu groß war. Deshalb wurde die Abstimmung verschoben.

Nach der blutigen Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokratie sprach Ragaz im April 1934 «ein Wort zur Krise des schweizerischen Sozialismus». Darin wies er auf das schon erlebte Beispiel des Nachbarlandes hin, wo die Waffen versagt hätten, und warnte vor einer ähnlichen Katastrophe in der Schweiz. Der schweizerische Kampf wäre noch zehn Mal aussichtsloser als derjenige in Oesterreich.

Im Dezember 1934 brachte Ragaz nach der Verabschiedung eines neuen sozialistischen Parteiprogramms, das die militärische Landesverteidigung bejahte, in seiner Schrift «Sozialismus und Friedenskampf» nochmals mit aller Klarheit seine Gedanken zur Militärfrage zum Ausdruck.

Entscheidend für Ragazens Verhältnis zur Sozialdemokratie wurde der Luzerner Parteitag vom 26./27. Januar 1935, der eine Mehrheit für die Landesverteidigung brachte, aber doch deutlich zeigte, daß in der Partei eine starke Opposition den nun eingeschlagenen Kurs bekämpfte. Wenn man bedenkt, daß der ganze Propagandaapparat der Partei während eines ganzen Jahres in den Dienst der Befürworter gestellt war, konnte das Abstimmungsresultat von 382 zu 294 Stimmen als recht erfreulich gewertet werden. Ragaz hatte vor dem Parteitag gehofft, daß es zu einer Urabstimmung kommen würde und war der festen Ueberzeugung, daß diese ein anderes Resultat gezeitigt hätte. Die Opposition verfügte über mehr als die für die Durchführung einer Urabstimmung benötigten Stimmen. Warum wurde der Kampf vorzeitig abgebrochen? Ragaz machte dafür eine gewisse Kampfesmüdigkeit verantwortlich, den fehlenden Glauben an die gute Sache.

Die Reaktionen auf diese Abstimmung zeigten, daß Ragaz mit seinen Bedenken so unrecht nicht hatte. Diejenige Schicht nämlich, welche zuallererst angesprochen war, die Bauernschaft, hatte sich am eindeutigsten gegen die Militärvorlage gewendet. Die Besten der Arbeiterschaft hatten sich enttäuscht von der Partei abgewendet. Tiefgespalten war auch das Parteivolk. Zahlreiche Austritte waren die Folge der Abstimmung. Für Ragaz bedeutete dieser völlige Gesinnungswandel eine Katastrophe des schweizerischen Sozialismus.

Was nun? Mußte der Sozialismus damit als erledigt betrachtet werden? Für Ragaz ging der Kampf weiter. «Wir stehen erst am Anfang jener sozialistischen Auseinandersetzung, die vor allem zu einer radikalen Ausscheidung des Systems, das in Luzern siegen konnte, und auch seiner persönlichen Träger (Nobs, Grimm, Reinhard, Schmid, Huber, Heeb) führen muß.» (NW 1935, Heft 2, S. 82)

Welche Konsequenzen zog Ragaz für sich selbst aus dem Verrat der Partei an der Sache des Sozialismus, so wie er sie verstand? Im Juli/August-Heft 1935 erschien am Ende der monatlichen Rundschau

ein kleiner Vermerk, daß Leonhard Ragaz zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei. Im Januar-Heft 1936 begründete Ragaz seinen Schritt: «Der Anlaß zu meinem Austritt ist die Schwenkung der Partei in der Militärfrage gewesen. Diese Schwenkung ist in meinen Augen ein Umfall und Abfall, und zwar recht schmählicher Art, ein Verrat des Sozialismus an sich selbst. Diesen Verrat konnte ich nicht mitmachen, auch nicht durch bloßes Verbleiben in der Partei. Ich war entschlossen auszutreten, wenn die Partei diesen Verrat begehe, und bin, im Gegensatz zu manchen andern, meinem Entschluß treu geblieben.» (NW 1936, Heft 1, S. 14)

Hatte Ragaz mit diesem Schritt die Sozialdemokratie aufgegeben? Seine Antwort lautete: «Ich glaube nicht mehr an die Sozialdemokratie (als Trägerin des Sozialismus), ich glaube an den Sozialismus.» (S. 15)

1936 wurde der Militärkredit auf 235 Mio erhöht. Robert Grimm empfahl Zustimmung. Wider Erwarten sprach sich der Parteitag vom 6./7. Juni in Zürich gegen die Wehrkredite aus (236 zu 255 Stimmen). Dieses Ergebnis kommentierte Ragaz unter dem Titel «Das Wiedererwachen des schweizerischen Sozialismus». Am Parteitag kam nach Ragaz die nach Möglichkeit unterdrückte Stimme des Parteivolkes zur Geltung. Dies wußten die Parteiführer wohl, denn sie lehnten die angebotene Urabstimmung ab. Die Bedeutung dieses Parteibeschlusses wurde von Ragaz nicht gering veranschlagt: «Sie bedeutet, so weit ihre Wirkung reicht, nichts mehr und nicht weniger als die Rettung des schweizerischen Sozialismus.» (NW 1936, Heft 6, S. 289)

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Erinnerung an den «Prager Frühling»

«Der Sieg des Sozialismus ist durch nichts anderes verhindert worden, als durch den Sozialismus.» (Leonhard Ragaz u. a., Ein sozialistisches Programm, S. 9) Diese Worte religiös-sozialer Genossen aus dem Jahre 1919 sind leider bis zum heutigen Tag aktuell geblieben. Sie könnten auch unseren Betrachtungen zum zehnten Jahrestag des niedergewalzten «Prager Frühlings» als Motto dienen. Ota Sik variiert es mit der Erkenntnis: «Wenn ein so großer Teil arbeitender Menschen in kapitalistischen Ländern noch heute Angst vor sozialistischen Wandlungen haben, so ist dies vor allem das verheerende Resultat jener kommunistischen Parteien, die — zur Macht gelangt — statt eines soziali-